

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. März 2009

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

**21. Sitzung vom Montag, 9. März 2009, 19.00 bis 21.05 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus**

Anwesend:

Gemeinderat

26 Mitglieder bis Traktandum 2

27 Mitglieder ab Traktandum 2

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Hanni Guyer

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.

Entschuldigt:

Mike Bader, Stimmzähler

Mark Eberli, Stadtrat

Jürg Hintermeister, Stadtrat

Vorsitz:

Stefan Schnegg

Protokoll:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Weibeldienst:

Gino Taiana, Stadtweibel

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

Johanna Wirth Calvo übernimmt für diese Sitzung das Amt der Stimmzählerin für den abwesenden Mike Bader.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 2009
2. Motion Frédéric Clerc betr. „Einheitliche Schulstruktur Bülach“ – Begründung
3. Interpellation Frédéric Clerc betr. „Wirtschaftsförderung“ – Begründung
4. Volksinitiative „Gebührenfestsetzung durch das Parlament“ – Bericht und Antrag des Stadtrats
5. Projekt WoV 2009 – Antrag und Weisung des Stadtrats
6. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
7. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Am 9. März 2009 sind zwei Interpellationen in Sachen WS Ingenieure AG eingegangen. Die eine wurde von Milos Alincic und Mitunterzeichnerin, die andere von Andrea Schmidhauser und Mitunterzeichnern eingereicht. Beide Interpellationen werden zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 2009

Das Protokoll vom 26. Januar 2009 wird einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Traktandum 2

Motion Frédéric Clerc betr. „Einheitliche Schulstruktur Bülach“ – Begründung

Frédéric Clerc und Mitunterzeichner haben am 26. Januar 2009 eine vom 17. Januar 2009 datierte Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Der Stadtrat wird beauftragt, die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses der Primar- und Oberstufenschule zu prüfen.“

Eine Erweiterung der Primarschule in die Kreisgemeindestruktur als auch ein Loslösen der Oberstufenschule aus dieser sind sorgfältig abzuwägen. Die Vorteile und die Nachteile als auch die entsprechenden Konsequenzen sind dem Gemeinderat transparent aufzuzeigen.

In der Lösungsfindung sind die heutigen Kreisgemeinden miteinzubeziehen.“

Das Büro des Gemeinderats stellte an der Sitzung vom 23. Februar 2009 fest, dass die Motion nicht motionsfähig ist. Frédéric Clerc wurde darüber informiert.

Frédéric Clerc dankt für den Hinweis des Gemeinderatsbüros. Er hat sich daraufhin entschlossen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Es war von Anfang an nicht die Meinung, dass ein Auftrag resultieren sollte, sondern eine Abklärung.

Der Vorstoss wird wie folgt begründet: „In einer Zeit, wo die Diskussion um Harnos in aller Munde ist, sollte sich die Gemeinde Bülach ebenfalls Gedanken machen wie und wo in diesen kleinen regionalen Strukturen auch Harmonisierungspotenzial vorhanden ist.“

Mit diesem Postulat wird der Stadtrat beauftragt, die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses der Primar- und der Oberstufenschule zu prüfen. Es gibt dem Stadtrat gleichzeitig die Möglichkeit bzw. den Auftrag, sich über neue, zukunftssträchtige Modelle der «regionalen» Schulstruktur mit den heutigen Kreisgemeinden auseinanderzusetzen.

Das Ziel ist eine Auslegeordnung der heutigen Struktur mit ihren Vorteilen und Schwierigkeiten, welche diese heute hat und in Zukunft an Tag bringen könnte. Eine Erweiterung der Primarschule in eine Kreisgemeindestruktur als auch die entsprechenden Konsequenzen sind dem Gemeinderat transparent aufzuzeigen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Im Zentrum stehen:

- Die Attraktivität der Schule Bülach und der Region Bülach (Standortmarketing)
- Die Schulqualität soll ein hohes Niveau haben.
- Nutzen für Eltern, Schülern und Schülerinnen
- Förderung der Zusammenarbeit bei Lehrerinnen und Lehrern auf den verschiedenen Stufen und Regionen
- Verbesserung der Schnittstellen zwischen Unter- und Oberstufen, schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit, usw.
- Entwicklungspotenzial der Strukturen
- Engere Vernetzung der Schulbehörden, Übertritte, sonderpädagogische Massnahmen
- Verwaltung, Organisationsstruktur, Zuständigkeiten, Ablauforganisation
- Kosten

Ich bitte den Stadtrat im Sinne einer vorausschauenden Ausrichtung dieses Postulat entgegenzunehmen.“

Gemäss **Stadtrat Max Nievergelt** nimmt der Stadtrat das Postulat entgegen.

Daniela Gehring stellt einen Antrag auf Ablehnung der Überweisung dieses Postulats. Sie begründet ihren Antrag damit, dass die Kreisgemeinden zur Lösungsfindung einzubeziehen sind. Die gewünschte Prüfung verursache zudem immense Kosten. Dieses Postulat wirke entgegen dem Vorgehen der letzten Jahre wie ein Signal, dass Bülach das Sagen habe und die Kreisgemeinden sich zu fügen hätten.

Johanna Wirth Calvo unterstützt den Antrag von Daniela Gehring. Sie denkt, dass das Postulat ein Leerlauf ist und im Voraus weitere Informationen wie zum Beispiel finanzielle Konsequenzen hätten eingeholt werden müssen. Die jetzige Zusammenarbeit sei gut. Wer die Schulstrukturen kenne, wisse das. Sie bittet deshalb die Ratsmitglieder, die Überweisung des Postulats abzulehnen.

Milos Alincic fragt zum Verständnis, ob man schon wisse, wie hoch die erwähnten Kosten zur Prüfung geschätzt werden.

Stadtrat Max Nievergelt kann die Frage nicht beantworten. Es gebe aber Einiges abzuklären. Er betont, die jetzige Zusammenarbeit sei gut. Der Stadtrat habe das Postulat annehmen wollen um einer Auslegeordnung offen gegenüber zu stehen. Die jetzige Lösung funktioniere aber bereits sehr gut.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Abstimmung

In der Abstimmung wird die Ablehnung der Überweisung des Postulats mit 15 Ja : 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat Frédéric Clerc und Mitunterzeichner vom 17. Januar 2009 betr. „Einheitliche Schulstruktur Bülach“ wird nicht an den Stadtrat überwiesen.
2. Mitteilung an den Stadtrat.

Traktandum 3

Interpellation Frédéric Clerc betr. Wirtschaftsförderung – Begründung

Frédéric Clerc und Mitunterzeichner haben am 26. Januar 2009 eine vom 17. Januar 2009 datierte Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

- „- Welche Aktivitäten sind zurzeit unter dem Thema Wirtschaftsförderung im Gange?
- Welche Aktivitäten sind aktuell im Gange um potenzielle Firmen und damit Arbeitsplätze nach Bülach zu holen?
- Wie sieht zurzeit die Organisationsstruktur aus und ist diese auch zweckmässig?
- Wer hat den Lead in der Stadtverwaltung bzw. im Stadtrat?
- Mit welchen Organisationen bzw. Institutionen (Greater Area Zürich, Konsulate, usw.) arbeitet man zusammen?
- Ist ein Wirtschaftsförderungskonzept vorhanden und wenn ja, von wann datiert es und von wem wurde es ausgearbeitet?
- Wird, und falls ja, wie wird ein neu gegründetes Unternehmen in Bülach empfangen oder angeschrieben? Welche Unterstützung wird angeboten?
- Bestanden, vor dem Entscheid der Firma Kissling, in Bachenbülach zu bauen, Kontakte mit der Stadt Bülach? Wenn nein, hat man sich bei der Firma Kissling für die Argumente pro Bachenbülach informiert?
- Was für Massnahmen sind für die Einzonung von attraktiven Einfamilienhausquartieren geplant?“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom

Frédéric Clerc begründet seinen Vorstoss wie folgt: „In der Stadt Bülach sind diverse Aktivitäten im Gange. Der Stadtrat investiert viel Zeit in die Kulturförderung, im Bereich Soziales- und Gesundheit mit dem Alterskonzept oder in den geplanten Sportpark. Diese Aktivitäten sind gut gemeint und zu begrüßen. Man versucht sich mit dem Energielabel, Stadtmarketing oder Standortmarketing zu profilieren.

Wir sind in der glücklichen Lage Standortvorteile zu haben und in eine attraktive Umgebung eingebunden zu sein. Bülach als Kultur- und Ausflugs- oder sogar Feriendestination scheint einen hohen Stellenwert in der Stadtregierung zu haben. Man kann nun über die Prioritäten geteilter Meinung sein, aber mir scheint im Bereich der Wirtschaftsförderung sind wir in der Eiszeit stehen geblieben. Alles ist erstarrt. Es sind keine Veränderungen sichtbar und gleichzeitig hat sich vor unserer Haustüre ein wahrer Entwicklungsschub abgespielt.

Was die Arbeitsplätze betrifft, kann die Ansiedlung von Logistikunternehmen kaum als grosser Erfolg verbucht werden. Diese Unternehmen benötigen einen relativ grossen Flächenbedarf im Vergleich zu den Arbeitsplätzen, die sie generieren. Auch hier konnten die Arbeitsplatzverluste von Bülachguss oder der Glasi nie kompensiert werden. Die Bevölkerung in Bülach nimmt zu, aber die Arbeitsplätze stagnieren. In den letzten Jahren liessen sich im Glatttal als auch im Limmattal viele Firmen nieder und die Zahl der Beschäftigten nahm zwischen 43% und 45% zu. Diese Regionen betreiben eine Wirtschaftsförderung, welche diesen Namen auch verdient.

Bülach braucht eine nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden, lokale Gewerbe neue Kunden haben und die Kultur sowie der Sport ihre Existenz sichern können. Die Identifizierung der Bevölkerung mit Bülach steht auch im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz, als auch mit den ansässigen Firmen. Standortmarketing ist auch, wenn renommierte Firmen den Namen Bülach in die Welt hinaus tragen. Wir haben also grösstes Interesse gute internationale Firmen in Bülach willkommen zu heissen.“

Aus diesen Gründen und weil aus unterschiedlichsten inoffiziellen Quellen zu hören sei, dass eine Klimaerwärmung anstehe bzw. die Eiszeit ihrem Ende entgegenblicke, habe er seine Interpellation deponiert. Er erwarte damit vom Stadtrat für alle interessierten Bewohner offizielle Antworten auf die in der Interpellation gestellten Fragen.

Stadtpräsident Walter Bosshard teilt mit, der Stadtrat werde die Interpellation innert der Frist von drei Monaten, das heisst bis spätestens 8. Juni 2009, beantworten.

Es wird kein Antrag auf Diskussion gestellt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Traktandum 4

Volksinitiative „Gebührenfestsetzung durch das Parlament“ – Bericht und Antrag des Stadtrats

Am 3. April 2007 hat ein Initiativkomitee um Claudio Schmid die kommunale Volksinitiative „Gebührenfestsetzung durch das Parlament“ bei der Stadtverwaltung eingereicht. Der Stadtrat stellte die Gültigkeit der Initiative fest und unterbreitete dem Gemeinderat am 17. September 2008 Bericht und Antrag.

Nun liegt zu diesem Geschäft der Abschied der Fachkommission IV vor. Die Fachkommission IV beantragt einstimmig, das Geschäft im Sinne des stadträtlichen Antrags anzunehmen und den Stimmbürgern die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Edith Planta erklärt namens der Fachkommission IV: „Wie Sie dem Abschied entnehmen können, beantragt die Fachkommission IV einstimmig, das Geschäft im Sinne des stadträtlichen Antrages anzunehmen, das heisst:

- Die Volksinitiative «Gebührenfestsetzung durch das Parlament» sei den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen.
- Der Stadtrat wird beauftragt, die Volksabstimmung anzusetzen und Antrag und Weisung zuhanden der Stimmberechtigten auszuarbeiten.
- Mitteilung an den Stadtrat

Die Initiative verlangt, dass die Gebühren für die Siedlungsentwässerungsanlagen, die Wasserversorgung und die Abfallbewirtschaftung nicht mehr vom Stadtrat, sondern vom Parlament festgelegt/festgesetzt werden. Diese Kompetenzverlagerung hätte die Änderung der Gemeindeordnung in Art. 17 «Rechtsetzungsbefugnisse» des Gemeinderates in Absatz 2 neu Punkte 8.-10. gemäss Initiative sowie von Art. 30 lit. f Gemeindeordnung „Rechtsetzungsbefugnisse» des Stadtrates zur Folge. Diese Änderung untersteht dem obligatorischen Referendum. Deshalb kommt es auch bei einer Ablehnung durch den Gemeinderat zu einer Volksabstimmung (§ 132 Abs. 3 GPR).

Die Fachkommission IV hat bei der Prüfung des Geschäfts zu einer Sitzung das Initiativkomitee eingeladen, zu einer anderen Sitzung die zuständige Stadträtin Hanni Guyer und den Leiter der Städtischen Betriebe Herbert Fritschi. Claudio Schmid als Vertreter des Initiativkomitees erläuterte die Argumente und Beweggründe der Initianten. Stadträtin Hanni Guyer sowie Herbert Fritschi erklärten die Standpunkte der Exekutive und beantworteten sämtliche Fragen der Kommission.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Ausgangslage

Die Gemeinden sind, so die Feststellung des Gemeindeamts, grundsätzlich im Rahmen des übergeordneten Rechts autonom, ihre Rechtsetzungsbefugnisse insbesondere zwischen Stadt- und Gemeinderat aufzuteilen. Dabei sind bei der Regelung der Gebührenverordnungen Grundsätze im Abgaberecht zu beachten. Diese sind:

- das Legalitätsprinzip gestützt auf die Bundesverfassung,
- das Verursacherprinzip, gestützt auf das Umweltschutzgesetz und das Gewässerschutzgesetz,
- sowie das Kostendeckungsprinzip, gestützt auf das kantonale Wasserwirtschaftsgesetz

Der Stadtrat hat in der Gebührenverordnung vom 1. März 2006 die Festsetzung dieser Gebühren nicht weiter geregelt. Er erlässt jeweils in separaten Stadtratsbeschlüssen die Gebührenansätze, so im SRB vom 15. November 2006 die Kanalisations- und Wassergebühr, im SRB vom 1. November 2006 die Entsorgungsgebühr für Gewerbekehricht, sowie in einem weiteren SRB vom 1. November 2006 die Reduktion der Kehrichtsackgebühr und Grundgebühr für Haushalt und Gewerbe.

Wesentliche Anliegen der Initiative/Initianten

- Die Gebühren in der Stadt Bülach für Wasser, Abwasser und Kehricht sind im kantonalen Vergleich hoch.
- Die Initiative hat ein politisches Ziel: Anlässlich einer öffentlichen und transparenten Sitzung des Parlaments sollen die spezialfinanzierten Gebührenhaushalte beschlossen werden. Der Gemeinderat soll die Tarife beim Wasser, Abwasser und der Abfallbewirtschaftung festlegen. Dabei hat der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrats zu entscheiden.
- Dem Parlament obliegt bereits heute die Kompetenz des jährlichen Globalbudgets im Bereich dieser Spezialfinanzierungen.
- Das Parlament soll deshalb auch die Kompetenz erhalten, die Gebührenansätze zu beschliessen. Aufgrund der bestehenden Gemeindeordnung liegt die Kompetenz zur Gebührenpolitik bereits beim Gemeinderat. Schliesslich werden auch die Steuern öffentlich beschliessen.
- Die Gefahr, dass zu hohe Gebühren festgelegt werden, wird verringert, wenn zwei Instanzen darüber beschliessen.

Argumente des Stadtrats

Demgegenüber stützt sich der Stadtrat in seinem Antrag auf folgende Argumente, wobei er sich im Wesentlichen auf die Vorprüfung durch das Gemeindeamt abstellt:

- Das Kostendeckungsprinzip oder der Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit sind in den einschlägigen Reglementen der Stadt Bülach geregelt; so in der Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerung vom 25. November 1996, in der Verordnung über die Wasserversorgung vom 27. November 1989 sowie in der neuen Abfallverordnung vom 2. Mai 2007.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom

- Der Gemeinderat, sollte er die Kompetenz zur Festlegung der Gebühren erhalten, ist ebenfalls an diese Grundsätze gebunden.
- Die Behörde hat bei Tarifierpassungen aufgrund dieser Prinzipien nur einen stark eingeschränkten Entscheidungsspielraum; die Festsetzung der Gebühren im Wasser-, Abwasser und Entsorgungsbereich ist deshalb eine reine Vollzugsaufgabe.
- Es gibt keinen Spielraum für parteipolitische Erwägungen bei den Gebührenhaushalten.
- Politisch motivierte Gebührenentscheide bergen ein erhöhtes Rekursrisiko.
- Auch die Transparenz sowie Aufsicht sind gewährleistet; das Umweltschutzgesetz und das Gewässerschutzgesetz verlangen, dass die «Grundlagen zur Berechnung der vollen Entsorgungskosten von Siedlungsabfällen und Abwässern» öffentlich zugänglich sein müssen.
- Der Preisüberwacher muss gemäss Preisüberwachungsgesetz bei Tarifierpassungen ebenfalls angehört werden.
- Sowohl die Fachkommissionen, die Rechnungsprüfungskommission sowie das einzelne Gemeinderatsmitglied haben die Befugnis, Auskünfte vom Stadtrat über Tarifierpassungen zu verlangen.
- Der Entscheidungsweg über das Parlament bedeutet eine mindestens um ein halbes Jahr verlängerte Verfahrensdauer.
- Schliesslich hat sich der Stadtrat an die Vorgaben des Generellen Entwässerungsplanes (GEP) und an die im Finanzplan 2008-2012 vorgesehenen Investitionen zur Substanzerhaltung im Abwasserbereich auszurichten.

Prüfung der Fachkommission IV

Speziell hat die Fachkommission IV Folgendes geprüft:

- Die Vorgeschichte bzw. den Auslöser der vorliegenden Initiative, nämlich die Erhöhung der Siedlungsentwässerungsgebühr im 2006/2007, gegen welche Rekurs erhoben wurde, der vom Regierungsrat gutgeheissen wurde, weil die Gebührenerhöhung als zu früh erachtet wurde.
- Aus dem Regierungsratsentscheid vom 8. April 2008 geht unter anderem hervor, dass Spezialfinanzierungskontos bis zur Höhe eines Jahresbedarfes geäufnet werden dürfen, dies als Rückstellungen für die Erneuerung der bestehenden und die Bereitstellung für künftige Infrastrukturanlagen.
- An diese Vorgaben wäre auch der Gemeinderat gebunden, d.h. mit einer Verlagerung der Kompetenzen auf den Gemeinderat wäre nicht automatisch eine Senkung der Gebühren die Folge.
- Die Exekutive zieht bei der Gebührenfestsetzung auch die RPK zur Prüfung bei, diese war damals mit der Gebührenerhöhung einverstanden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

- Das Rekursrisiko erhöht sich, wenn der Gemeinderat einen parteipolitischen Entscheid zur Festsetzung der Gebühren fällt.
- Ein direkter Vergleich mit den Gebühren der ARA-Furt Gemeinden kann nicht gemacht werden, da verschiedene Berechnungsmodelle angewendet wurden; so kann eine Erhebung der Stadt aus dem Jahr 2006 über die Wasser- und Abwassergebühren der Gemeinden im Kanton Zürich, welche von Finanzberater M. Lehmann erstellt wurde, nicht 1:1 beigezogen werden.
- Bülach erhebt keine Anschlussgebühren an die Kanalisation, dies wirkt sich auf die Höhe der Kanalisations-Benützungsgebühren aus, da die Anschlusskosten längerfristig durch höhere Gebühren finanziert werden müssen.
- Somit kann nicht eindeutig bestätigt werden, dass die Siedlungsentwässerungsgebühren von Bülach bedeutend höher sind als bei den umliegenden Gemeinden.
- Bei der Entsorgungsgebühr, insbesondere der Kehrichtsackgebühr, hat die Gemeinde keinen Spielraum zur Festsetzung der Gebühr, da diese durch die IG KSG festgesetzt wird.
- Auch das Parlament müsste bei der Gebührenfestsetzung den Preisüberwacher konsultieren, diese Kontrolle besteht bereits bei der Festsetzung durch den Stadtrat.
- Das Parlament ist ebenfalls an das Verursacherprinzip und an das Kostendeckungsprinzip gebunden.
- Der Vergleich mit den anderen Parlamentsgemeinden ist ein Indiz dafür, dass die Gebührenfestsetzung eine operative Aufgabe der Exekutive ist, auch wenn es den Gemeinden im Rahmen des übergeordneten Rechts freisteht, wie sie die Rechtsetzungsbefugnisse zwischen Legislative und Exekutive aufteilt.
- Auch der Gemeinderat müsste mit dem Finanzplaner/Finanzplan zusammenarbeiten.
- Bei der Prüfung durch den Gemeinderat wäre eine grössere Zeitverschiebung bis zur Festsetzung der Gebühren die Folge. Die Festsetzung der Gebühren müsste bereits im Frühsommer geschehen, damit sie auf das Folgejahr in Kraft treten könnten.
- Schliesslich können Steuern nicht mit Gebühren verglichen werden, da Steuern für den gesamten Haushalt der Stadt zur Verfügung stehen, Gebühren aber an den spezifischen Haushaltsbereich gebunden sind.

Die Fachkommission IV kommt zusammengefasst zum Schluss, dass der bisherige Verfahrensablauf zur Festsetzung der Gebühren genügend transparent ist. Aufgrund der vorgegebenen Prinzipien besteht für die Festsetzung der Gebühren kein Ermessensspielraum, weshalb es sich um eine operative Aufgabe handelt. Der Stadtrat soll weiterhin die Kompetenz zur Festsetzung der Gebühren behalten. Wir beantragen deshalb die Ablehnung der Initiative.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Fraktionserklärungen

Fritz Münger sagt namens der SP, grundsätzlich müssen Gebühren die Kosten decken. Ein Ermessensspielraum sei nicht gegeben. Die parlamentarische Festsetzung würde zu einem Bazar und Bauchentscheiden führen und nicht zu mehr Demokratie sondern zu mehr Rekursen.

Gemäss Johanna Wirth Calvo ist die Grüne Fraktion der gleichen Meinung wie die SP. Grundsätzlich soll die Demokratie gefördert werden, hier aber könne keine Demokratieförderung betrieben werden. Sie meint, das Rekursrisiko sei hingegen nicht das Problem.

Jürg Rothenberger erklärt, die FDP sei einstimmig der Meinung, dass der Gebührenfestsetzungsprozess schon jetzt genügend transparent ist. Durch das Parlament würde der Prozess lediglich verzögert werden. Die FDP Fraktion empfiehlt die Initiative abzulehnen.

Andrea Spycher findet im Namen der SVP die Gebührentransparenz, wie es die Initiative fordere, sei bereits gewährleistet. Die Gebührenfestsetzung sei eine reine Vollzugsaufgabe und soll nicht durch einen Mehrheitsentscheid erfolgen. Durch die Kompetenzverlagerung würde keine Senkung der Gebühr resultieren. Die SVP empfiehlt dem Stimmvolk deshalb grossmehrheitlich die Ablehnung der Initiative.

Edith Planta sagt namens der EVP, diese unterstütze den Stadtratsantrag und empfehle, die Initiative abzulehnen. Die Festsetzung unterliege einem Überprüfungsschema und erfordere Kenntnisse von Daten im Bereich Wasser, Abwasser und Entsorgung. Die Festsetzung sei eine rein operative Angelegenheit und soll vom Stadtrat gemacht werden.

Detailberatung

Alfred Schmid erklärt in einer persönlichen Meinung als RPK Präsident, eine Änderung der Verordnung sei absurd. Er stehe voll und ganz hinter der heutigen Regelung. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat im Bezug auf die Finanzplanung sei hervorragend. Wenn Änderungen von Gebühren anstehen, gehe die RPK verschiedene Szenarien mit dem Stadtrat durch. Sein Anliegen ist, dass der Regierungsrat in Zukunft keine Interventionsmöglichkeiten haben soll. Geplante Investitionen sollen deshalb getätigt werden, damit keine Rückstellungen und Reserven entstehen können.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Stephan Blättler spricht sich für die Initiative aus. Er ist der Meinung, der Gemeinderat habe die Budgethoheit und somit auch die Hoheit Gebühren festzusetzen. Ein Antrag des Stadtrats an den Gemeinderat gebe Transparenz und vermindere sogar die Möglichkeit erfolgreicher Rekurse. Zum Thema übergeordnetes Recht meint er, dass auch im Steuerhaushalt und Globalbudget ca. 90% durch übergeordnetes Recht bestimmt sei. Trotzdem beschliesse der Gemeinderat darüber. Aus diesen Gründen soll dem Stimmvolk empfohlen werden, die Initiative anzunehmen.

Der Gemeinderat **beschliesst** mit 25 Ja : 2 Nein-Stimmen:

1. Die Volksinitiative „Gebührenfestsetzung durch das Parlament“ wird den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfohlen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, die Volksabstimmung anzusetzen und Antrag und Weisung zuhanden der Stimmberechtigten auszuarbeiten.
3. Mitteilung an den Stadtrat

*** Pause 19.52-20.00 Uhr ***

Traktandum 5

Projekt WoV 2009 – Antrag und Weisung des Stadtrats

Mit der flächendeckenden Einführung von WoV im Jahr 2006 verfügen alle Entscheidungsgremien und Verwaltungsbereiche über zum Teil sehr unterschiedliche WoV-Erfahrungen. Dies zeigt sich im Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen, vor allem in Bezug auf Steuerungsmöglichkeiten, Berichterstattung sowie Struktur und Gliederung.

Die Verwaltung erarbeitete zusammen mit allen Fachkommissionen eine neue Berichtsstruktur, welche mit dem Budget 2010 eingeführt werden soll.

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede aller Fachkommissionen und der RPK vor.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Die Fachkommission I beantragt mehrheitlich Annahme des Geschäfts und stellt einstimmig folgenden Änderungsantrag:

Die Produktgruppe SI-1 Stadtpolizei, Steuerungsgrössen: Kostendeckungsgrad bei Leistungen für andere Gemeinden Soll \geq (statt \leq)

Die Fachkommission I geht gemäss Fritz Mürger davon aus, dass der Kostendeckungsgrad bei Leistungen positiv und nicht negativ sein soll.

Die Fachkommission II beantragt einstimmig Annahme des stadträtlichen Antrags mit folgenden Bemerkungen:

- Die Fachkommission II geht davon aus, dass der Entwurf nochmals umfassend auf redaktionelle Fehler überprüft wird. So heisst es in BI-4 z.B. regelmässig, die Anlage stehe *zur* anstatt *zur Verfügung*.
- Das Wirkungsziel des Verkehrsgartens (BI-4) wird begrüsst, die Fachkommission II würde es aber minimal anders formulieren:
Der Verkehrsgarten steht für *den* Verkehrsunterricht zur Verfügung und wird *den übrigen* Vertragsgemeinden kostendeckend zur Nutzung überlassen.

Stephan Blättler erklärt namens der Fachkommission II, das Wirkungsziel des Verkehrsgartens sei neu. Dieses sei grundsätzlich gut, die Fachkommission II wünsche aber zwei grammatikalische Anpassungen. Die Kostendeckung beziehe sich auf die übrigen Vertragsgemeinden nebst Bülach. Bülach selbst werde aber auch als Vertragsgemeinde angeschaut.

Die Fachkommission III beantragt einstimmig Annahme des Geschäfts.

Die Fachkommission III ist gemäss Jakob Briner zufrieden mit dem Resultat. Einzelne Änderungen wurden im Vorfeld mit der Controllerin angeschaut und umgesetzt.

Die Fachkommission IV beantragt einstimmig Annahme des Geschäfts mit folgendem Änderungsantrag:

Die Produktgruppe „LF-2 Friedhof“ aus dem Geschäftsfeld 10 „Land- und Frostwirtschaft“ soll der RPK zugeteilt werden.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Bemerkungen der Fachkommission IV:

Die Fachkommission IV regt an beim Beginn des WoV 2009 Berichts einen Gesamtüberblick über alle Geschäftsfelder zu geben, analog der bisherigen Aufstellung in Rechnung und Voranschlag.

Milos Alincic erklärt namens der Fachkommission IV, der Antrag spreche für sich. Die RPK prüfe die Rechnung auf Rechtmässigkeit. Die Fachkommission habe keine Steuerungsgrössen, die geprüft werden können.

Die RPK beantragt einstimmig Annahme des Geschäfts und stellt folgende drei Zusatzanträge:

1. Die Koordinationsgruppe WoV entscheidet, für welche Produktgruppen eine grafische Darstellung (siehe Beispiel Seite 100) aufgezeigt und integriert wird.
2. Unter Punkt 2.4 „Kosten und Erlöse“ sind jeweils die wichtigsten Abweichungen mit Begründung gegenüber dem Voranschlag tabellarisch aufgeführt.
3. Die Sachkosten (Rubrik Produktrechnung) werden in zwei Kostanarten aufgeteilt:
 - Leistungen von Dritten (eingekaufte Personalkosten)
 - Übrige Sachkosten

Alfred Schmid gibt dazu namens der RPK folgende Erklärung ab:

1. Es gibt gewisse Geschäftsfelder, wo eine grafische Darstellung Sinn macht, um die Entwicklung über die letzten 10 Jahre aufzuzeigen. Solche Übersichten erleichtern die Interpretation.
2. Eine solche Auflistung lenkt die Diskussion auf die Hauptabweichungen und nicht auf die Detailabweichungen.
3. Dienstleistungen Dritter und Sachkosten sind bis anhin als eine Position aufgeführt, welche nun unterteilt werden soll.

Stadtschreiber Christian Mühlethaler dankt namens des Stadtrats für die Anregungen der Fachkommissionen und der RPK. Zu den drei Anträgen der RPK ergänzt er, dass die grafische Darstellung sinnvoll und technisch möglich ist. Ob allerdings die Koordinationsgruppe WoV das richtige Gremium für den Entscheid der Einsatzorte grafischer Darstellungen ist, sei fraglich. Die Fachkommissionen sollen selber einfließen lassen können, wo die Grafiken gewünscht sind und wo nicht. Auch der zweite Antrag betr. der Tabelle mit Hauptabweichungen wurde zustimmend aufgenommen. Zum dritten Antrag fragt Christian Mühlethaler, welchen Zweck die Auflistung habe und inwiefern dieser Antrag der RPK zur Beurteilung helfe.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Fritz Münger stellt einen Gegenantrag auf Streichung des Antrags 1. Er geht davon aus, dass die Fachkommissionen selbst wünschen können, wo Grafiken eingesetzt werden sollen. Die Koordinationsgruppe WoV sieht er nicht als nicht das richtige Gremium an für den Entscheid.

*** Time out 20.14 – 20.20 Uhr ***

Gemäss Alfred Schmid ändert die RPK den Zusatzantrag 1 wie folgt ab: „Die Fachkommissionen entscheiden über grafische Darstellungen (siehe z.B. Seite 100).“ Der dritte Antrag wird von der RPK zurückgezogen.

Eintretensdebatte

Alle Fraktionen sind für Eintreten.

Fraktionserklärungen

Milos Alincic sagt, die SVP Fraktion sehe das Projekt WoV 2009 als ein Schritt in die richtige Richtung an. Dem stadträtlichen Antrag wird mehrheitlich zugestimmt. Aus der neuen Struktur erhofft man sich bessere Steuerungsmöglichkeiten, daneben ist eine Strukturverbesserung zu sehen. Auf den ersten Blick wird nun aufgezeigt, wo der Gemeinderat Eingriffsmöglichkeiten hat und wo nicht.

Jakob Briner erklärt, auch die EVP werde zustimmen. Die neue Vorlage WoV 2009 bringe Verbesserungen. Die Gliederung werde dadurch einfacher und vereinheitlicht. Man sehe, dass es nicht überall Steuerungsgrößen gibt, die Kennzahlen seien aber besser.

Gemäss Johanna Wirth Calvo unterstützt die Grüne Fraktion Antrag und Weisung des Stadtrats. WoV sei nicht einfach, man müsse sich in Strukturen denken. Sie glaubt, dass grundsätzlich mit dem neuen Antrag die Strukturen noch besser werden. Ebenfalls werde die Konzentration auf die Geschäftsfelder verbessert.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Detailberatung

Stephan Blättler stellt den vorhin von der RPK zurückgezogenen Antrag 3.

„Die Sachkosten (Rubrik Produktrechnung) werden in zwei Kostanarten aufgeteilt:

- Leistungen von Dritten (eingekaufte Personalkosten)
- Übrige Sachkosten.“

Wenn man nämlich davon spreche, dass z.B. Personalkosten eingefroren werden sollen, könne man das mit den eingekauften Leistungen umgehen. Deshalb macht der Antrag seiner Meinung nach Sinn.

Abstimmungen

Der Änderungsantrag der Fachkommission I, dass die Steuerungsgrösse der Produktgruppe SI-1 Stadtpolizei neu „Kostendeckungsgrad bei Leistungen für andere Gemeinden Soll \geq “ lautet, wird einstimmig angenommen.

Der Änderungsantrag der Fachkommission II, das Wirkungsziel des Verkehrsgartens (BI-4) wie folgt zu ändern, wird einstimmig angenommen: „Der Verkehrsgarten steht für den Verkehrsunterricht zur Verfügung und wird den übrigen Vertragsgemeinden kostendeckend zur Nutzung überlassen.“

Der Änderungsantrag der Fachkommission IV, die Produktgruppe LF-2 Friedhof aus dem Geschäftsfeld 10 Land- und Frostwirtschaft der RPK zuzuteilen, wird einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der RPK, die Fachkommissionen sollen über den Einsatz grafischer Darstellungen (siehe Beispiel Seite 100) entscheiden, wird grossmehrheitlich angenommen.

Der Zusatzantrag der RPK, unter Punkt 2.4 „Kosten und Erlöse“ jeweils die wichtigsten Abweichungen mit Begründung gegenüber dem Voranschlag tabellarisch aufzuführen, wird einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von Stephan Blättler, die Sachkosten (Rubrik Produktrechnung) in die zwei Kostanarten „Leistungen von Dritten (eingekaufte Personalkosten)“ und „Übrige Sachkosten“ aufzuteilen, wird mit 14 Ja : 7 Nein-Stimmen, bei 6 Enthaltungen angenommen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Schlussabstimmung

Der Antrag, die vorgesehene Berichtsstruktur und die neue Gliederung der Produktgruppen und Produkte mit dem Budget 2010 einzuführen, wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen bei 26 Ja : 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die vorgeschlagene Berichtsstruktur wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen gutgeheissen.
 - Die Steuerungsgrösse der Produktgruppe SI-1 Stadtpolizei lautet neu:
Kostendeckungsgrad bei Leistungen für andere Gemeinden Soll \geq
 - Das Wirkungsziel des Verkehrsgartens (BI-4) lautet neu
Der Verkehrsgarten steht für den Verkehrsunterricht zur Verfügung und wird den übrigen Vertragsgemeinden kostendeckend zur Nutzung überlassen.
 - Die Produktgruppe LF-2 Friedhof (Geschäftsfeld 10 Land- und Frostwirtschaft) wird der RPK zugeteilt.
 - Die Fachkommissionen haben über den Einsatz grafischer Darstellungen (siehe Beispiel Seite 100) selbst zu entscheiden.
 - Unter Punkt 2.4 „Kosten und Erlöse“ sind jeweils die wichtigsten Abweichungen (Hauptabweichungen) mit Begründung gegenüber dem Voranschlag tabellarisch aufzuführen.
 - Die Sachkosten (Rubrik Produktrechnung) sind in die zwei Kostanarten „Leistungen von Dritten (eingekaufte Personalkosten)“ und „Übrige Sachkosten“ aufzuteilen.
2. Die neue Gliederung der Produktgruppen und Produkte wird mit dem Budget 2010 eingeführt.
3. Mitteilung an den Stadtrat

Stadtpräsident **Walter Bosshard** bemerkt, es sei kein einfacher Prozess gewesen. Ziel war es, WoV schlanker zu machen und bessere Steuerungsmöglichkeiten zu bieten. Er richtet ein herzliches Dankeschön an Controllerin Irène Schönenberger und alle Ratsmitglieder für die Arbeit an den runden Tischen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Traktandum 6

Fragen an Stadtrat und Kommissionen

Andrea Schmidhauser erklärt: „Im Zeitungsinterview mit dem NBT/ZU vom 16. Februar 2009 machte Stadtrat Walter Bauer folgende Aussage «Den Aufbau einer zentralen Stadtverwaltung hat das Stadtparlament ja verschoben, so haben zurzeit einzig die Projekte für das Wohnen im Alter Priorität unter den Ausgaben.»

Der Bülacher Gemeinderat hat am 19. Mai 2008 aber klar signalisiert, dass er die Zusammenführung der verschiedenen Verwaltungsstandorte in einem zentralen Ort befürwortet. Der Bau einer zentralen Stadtverwaltung wurde weder abgelehnt noch verschoben. Wir haben lediglich die seinerzeitige Vorlage an den Stadtrat zurückgewiesen und warten seither auf neue Anträge seitens des Stadtrats.

Nun möchte ich vom zuständigen Liegenschaftsverantwortlichen, Stadtpräsident Walter Bosshard, wissen, was in Sachen Zentrale Stadtverwaltung wirklich Sache ist.

Ich bitte ihn deshalb folgende Fragen zu beantworten:

Wird das Projekt Zentrale Stadtverwaltung auf die lange Bank geschoben, um zuerst alle anderen Wünsche zu befriedigen?

Wenn nein:

1. Weshalb werden solche Aussagen durch Kollegen in den lokalen Zeitungen gemacht?
2. Wie gedenkt der Stadtrat das Geschäft «Zentrale Stadtverwaltung» aufzugleisen?
3. Wie ist der aktuelle Planungsstand?
4. Welche Standorte werden geprüft?
5. Welche Ziele will der Stadtrat mit der Zentralen Stadtverwaltung verfolgen?
6. Welche Finanzierungsversion wird bevorzugt und welche Auswirkungen hat diese Finanzierungsart auf den Steuerhaushalt kurz-, mittel- und langfristig?
7. Welchen Zeitplan gedenkt der Stadtrat einzuhalten?
8. Wann gedenkt der Stadtrat den Gemeinderat über die nächsten Schritte zu informieren?
9. Gedenkt der Stadtrat dem Gemeinderat einen Antrag für einen Projektierungskredit zu unterbreiten?“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet, das Projekt Zentrale Stadtverwaltung werde nicht auf die lange Bank geschoben.

1. Die Aussage in der Lokalzeitung war unglücklich. Das Thema wurde im Stadtrat besprochen und geklärt. Investitionen sind geplant. Die Zentrale Stadtverwaltung ist nicht vom Tisch.
2. Im Finanzplan sind Fr. 300'000 für die nächsten Jahre eingestellt. Für das Jahr 2009 wurden im Budget aber nur Fr. 100'000 für die Machbarkeitsstudie eingestellt.
3. Zurzeit laufen Verhandlungen mit Eigentümern. Auch wurde ein Studienauftrag für die verschiedenen möglichen Orte in Auftrag gegeben. Nächste Woche werden die Unterlagen erwartet. Je nach Verlauf der Verhandlungen und Resultat der Beurteilung im Stadtrat wäre es gut, diese zusammen mit der zuständigen Fachkommission diskutieren zu können.
4. Da noch Verhandlungen laufen, wird auf diese Frage nicht weiter eingegangen.
5. Ziele, welche verfolgt werden sind: Kundenfreundliche Art, Rationalisierung der Arbeitsabläufe, Verbesserung der Kommunikation, kostengünstiger als heutige Situation
6. Im Vordergrund steht ein stadteigener Standort. Sonst kann dazu noch nichts gesagt werden.
7. Realisierung nicht vor 2012 und hoffentlich nicht nach 2015.
8. Immer nach wesentlichen Schritten soll informiert werden.
9. Sobald der Stadtrat festgelegt hat, dass mit der Projektierung gestartet wird, folgt ein Antrag für einen Projektierungskredit.

Milos Alincic fragt welche Kriterien bei der Jagdpachtversteigerung berücksichtigt werden. Er möchte zudem wissen, weshalb die beiden Jagdgebiete erst in acht Jahren zusammengeführt werden sollen.

Stadträtin Hanni Guyer zählt folgende Kriterien auf:

- Einhaltung der Auflagen der kantonalen Jagdverwaltung
 - Vollständigkeit der Bewerbung
 - Jagdpass
 - Leumund
 - Anzahl Pächter
 - etc.
- Die bisherigen Pächter wurden bevorzugt und an folgenden Leistungsausweisen gemessen
 - Leistungsausweis für Wildhege
 - Zustand des Waldes durch Verbisskontrolle, Naturverjüngung, Abschusszahlen
 - Ordnung im Revier
 - Zusammenarbeit mit Behörden, Forstabteilung und der Bevölkerung



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

- Öffentlichkeitsarbeit wie z.B. Mitgestaltung am Umwelttag und an der Waldspielwoche sowie Schulklassenführungen
- Ortsansässigkeit, da dadurch die Verfügbarkeit bei Wildunfällen eher gewährleistet ist

Gründe für die Zusammenlegung der beiden Reviere sind die ständige Abnahme der jagdbaren Fläche. Dies geschieht durch Überbauungen, Verschneiden lebensnaher Gebiete durch Verkehrsverbindungen, Abzäunungen (Einhagungen) und Bauten. Der Druck von Sporttreibenden und Erholungssuchenden nimmt durch die wachsende Zahl der Einwohner ebenfalls zu. Es ist nicht glücklich, dass die Reviergrenzen von Bülach Nord und Bülach Süd mitten durch Siedlungsgebiet läuft. Dieser Umstand führt zu Konflikten über die Zuständigkeit bei Wildunfällen, Taubenabschüssen und Reklamationen über Füchse. Die Grösse des Reviers Bülach Süd ist bereits heute unterhalb der Vorgabe des Kantons, weshalb die Zusammenlegung erfolgen muss.

Die Zuständigkeit für Reviergrenzen liegt beim Kanton. Im März 2008 wurden die Gemeinden aufgefordert, Wünsche für Grenzbereinigungen anzumelden. Die Obmänner der Jagdgesellschaften wurden im April 2008 zu einer Aussprache eingeladen. Die Obmänner begrüßten damals eine Zusammenlegung und brachten den Vorschlag in ihre Gesellschaft. Die Mitpächter haben den Vorschlag der Zusammenlegung abgelehnt. Die Stadt hat daraufhin verzichtet, die Zusammenlegung auf die Periode 2009-2017 zu machen, um den Frieden im Revier Süd nicht zu gefährden. An der Versteigerung wurde bekannt gegeben, dass auf die übernächste Periode die Grenzbereinigung vollzogen wird.

Weiter fügt Stadträtin Hanni Guyer hinzu, der Stadtrat habe es sich nicht leicht gemacht, die Reviere zu verteilen. Es seien drei Bewerbungen von bisherigen Jagdpachtgesellschaften in neuer Zusammensetzung, alle aber mit Bülacher Jägern. Die bisherige Gesellschaft von Bülach Nord habe sich aufgeteilt und zwei verschiedene Bewerbungen eingereicht. Eine Gesellschaft stellte für beide Reviere eine Bewerbung. Eine stellte nur fürs eine Gebiet eine Bewerbung. Mit Bülach Nord sei man sehr zufrieden gewesen.

Daniela Gehring fragt: „Im Herbst 2008 wurde in den Medien publiziert, dass es ab dem Jahr 2009 neu vergünstigte Tageskarten für Bewohner der Stadt Bülach geben wird. Jetzt haben wir März und man bekommt noch keine Tageskarten. Ab wann können die Bürger und Bürgerinnen von Bülach auf der Stadtverwaltung Tageskarten beziehen?“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Stadtpräsident Walter Bosshard erklärt es sei richtig, dass in der Projektgruppe Stadtmarketing Fr. 17'000 dafür eingestellt wurden. Zwei Tageskarten pro Tag sollen in Zukunft kostengünstig abgegeben werden können. Die Realisierung ist noch im ersten Semester 2009 geplant.

David Weingartner erklärt: „Im Voranschlag 2009, Bau und Umwelt, BA-3 Liegenschaften, Sozialer Wohnungsbau wurden Fr. 19'000 budgetiert worden. Dieser Betrag ist, laut Auskunft des Stadtrats, für die Erstellung von sechs zusätzlichen Parkplätzen bei den Liegenschaften Allmendstrasse 62/64, in welchen sich Sozialwohnungen befinden, gedacht.“

Anlässlich der Ratssitzung vom 8. Dezember 2008 beantragte Gemeinderat Bruno Basler die Streichung dieses Betrags aus dem Budget, was jedoch abgelehnt wurde.

In der Medienmitteilung «Aus den Verhandlungen des Stadtrats vom 28. Januar 2009» ist nun zu lesen, dass der Stadtrat für die Erstellung von sechs weiteren Parkplätzen an der Allmendstrasse 62/64 einen Kredit von Fr. 50'000 bewilligt hat.

1. Womit begründet der Stadtrat die Krediterhöhung um Fr. 31'000?
2. Werden diese Parkplätze vermietet? Wenn ja, wie hoch ist die Miete für ein solcher Parkplatz?
3. Ab wann sollen diese Parkplätze vermietet werden?
4. Sind die Bewohner der Liegenschaften Allmendstrasse 62/64 das Zielpublikum für die Mieterschaft?“

Stadtpräsident Walter Bosshard antwortet:

1. Es handelt sich nicht um Fr. 31'000 Mehrkosten. Im Budget 2009 heisst es, dass in der entsprechenden Produktegruppe Mehrkosten von Fr. 19'000 (inkl. Bau der Parkplätze) eingestellt sind. Die Parkplatzverordnung verpflichtet die Stadt für 16 Wohnungen 15 Parkplätze, davon 2 Besucherparkplätze, zur Verfügung zu stellen.
2. Die Pflichtparkplätze werden für Fr. 720 pro Jahr vermietet. Die zwei Besucherparkplätze können natürlich nicht vermietet werden.
3. Ab Sommer 2009
4. Ja



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Traktandum 7

Verschiedenes

Persönliche Erklärungen

Frédéric Clerc gibt folgende Erklärung ab: „Ich möchte eine Stellungnahme zum Thema Rössligasse abgeben, bevor die Abstimmung durchgeführt worden ist. Ansonsten wird man allenfalls nachher als schlechter Verlierer dargestellt. Es geht auch nicht darum Stimmen zu gewinnen, die Meinungen im Rat sind bestimmt schon gemacht.

Ich protestiere wie der Abstimmungskampf aus der Verwaltung geführt wird!

Am 2. Februar versandte Frau Walder einen Brief an Bewohner, Rechnungsempfänger und gesetzliche Vertreter auf offiziellem Briefpapier der Stadt Bülach. Sie bittet darin dem Pro-Komitee beizutreten, Leserbriefe zu schreiben oder an Standaktionen mitzumachen. Es entsteht der Eindruck, dass Frau Walder im Auftrag vom Stadtrat gehandelt hat. Dieser hat dies auf Anfrage verneint. Diese Propaganda ist äusserst bedenklich und nicht tolerierbar. Pensionäre und Angehörige stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Heimleitung. Der Aufruf der Abstimmung zuzustimmen, setzt diese Personen einem inakzeptablen Druck aus.

Zweitens: Dass Propaganda mit Steuergeldern finanziert wird und auf offiziellem Briefpapier an ausgesuchte Kreise versendet wird, ist eine Zumutung für den Rechtsstaat.

Im Übrigen finanziert die Rössligasse Inserate mit dem Titel 2 x Ja zur Erneuerung der Rössligasse, wo explizit Frau Walder und das Kaderteam als Auskunftspersonen genannt werden. Auch in diesem Fall hüllt man sich in Schweigen. Niemand will wissen wer das Inserat geschaltet hat. Die Sekretärin in der Rössligasse muss den Kopf hinhalten!

Es ist bedenklich, auf was für Mittel man zurückgreift und man ist auch nicht bereit für seine Verfehlungen hinzustehen. Ich stelle fest, dass Frau Walder ihre Kompetenzen überschreitet und für eine Heimleitung wenig Sozialkompetenz an den Tag legt. Herr Eberli nimmt seine Führungsverantwortung nicht wahr, diese führt die Verwaltung.

Diese Tatsachen als auch die Schwierigkeiten transparentes Zahlenmaterial auf den Tisch zu legen lässt die Glaubwürdigkeit an diesen Stadtrat sinken.

Eine Ratskollegin hat mir letztes Jahr den Vorwurf gemacht ich schädige den Ruf des Gemeinderates, als ich mich über die Disziplin beim Auszählen der Stimmen äusserte. Im erwähnten Brief von



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom

Frau Walder hat auch ein langjähriges Mitglied und Fachkommissionspräsident oder auch leitendes Mitglied des Pro-Komitees seinen Namen hingegeben. Ich darf davon ausgehen, dass er den Inhalt des Briefes gekannt hat.

Ich habe bis heute keine Kritik aus den Reihen dieses Rates gehört, keine Stellungnahme, Nichts. Darf ich annehmen dass der Rat solche Aktionen unterstützt? Wird so der Ruf des Gemeinderates verbessert? Der grosse Teil ist im Pro-Komitee und keiner hat reagiert? Wie findet da die Kommunikation statt?

Es geht hier nicht um fehlende Argumente für oder gegen, sondern um Aktivitäten die man so nicht stehen lassen kann.“

Daniela Gehring kontert, sie finde es bedenklich, dass solche Unterstellungen an Frau Walder, Jakob Briner und den Stadtrat äussert werden.

Jakob Briner meint, die Worte von vorhin sprächen für sich. Der Stadtrat wie auch er hätten sich für den Fehler entschuldigt.

Johanna Wirth Calvo betont in dieser politischen Diskussion werde argumentiert, ohne sich informiert zu haben. Sie habe sich erkundigt, wer sich mit der Rössligasse beschäftigt und einen Augenschein genommen habe. Sie wünscht sich von der Presse, dass die Sachen offen gelegt werden. Der Gemeinderat arbeite seit Wochen und Monaten am Thema. Solche Unterstellungen an den Stadtrat und die Heimleiterin seien nicht tolerierbar. Eine demokratische Diskussion sei ok, aber Unterstellungen nicht.

Edith Planta findet es ebenfalls bedenklich, wenn die Diskussion nicht mehr auf politischer Ebene sondern auf Anschuldigungen basiert. Sie findet, dass man solche Anliegen direkt bereinigen soll und nicht im Rat vor der Presse vorbringen müsse. Die persönliche Erklärung von Frédéric Clerc habe sie getroffen. Sie fragt sich, was mit einer solchen Äusserung bewirkt werden soll, denn der Lösungsfindung diene sie nicht.

Informationen des Vorsitzenden:

Verabschiedung von Rosa Pfister

Rosa Pfister war seit 1995 Mitglied des Gemeinderats. Sie hat nun per Ende März 2009 um Entlassung aus dem Amt ersucht. Gemäss Beschluss des Bezirksrats Bülach vom 29. Januar 2009 wurde dem Gesuch entsprochen. Der langjährige Einsatz zugunsten der Stadt Bülach wird Rosa



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Pfister im Namen des Gemeinderats herzlich verdankt. Der Vorsitzende wünscht Rosa Pfister für die Zukunft alles Gute. Rosa Pfister wird mit Applaus verabschiedet.

Verabschiedung von Peter Fehr

Peter Fehr war seit 1998 Mitglied des Gemeinderats. Er hat per 10. März 2009 um Entlassung aus dem Amt ersucht. Gemäss Präsidialverfügung des Bezirksrats Bülach vom 5. Februar 2009 wurde das Gesuch bewilligt. Im Namen des Gemeinderats wird der Einsatz von Peter Fehr zugunsten der Stadt Bülach herzlich verdankt. Für die Zukunft wird ihm alles Gute gewünscht. Peter Fehr wird mit Applaus verabschiedet.

Grundsatzbeschlüsse

Gemäss Art. 52 Geschäftsordnung des Gemeinderats hat das Büro des Gemeinderats die Grundsatzbeschlüsse jeweils im 1. Quartal des Jahres zu überprüfen. Aus den Fraktionen sind hierzu keine Änderungsanträge eingegangen, nachdem diese dazu aufgefordert wurden. Die Grundsatzbeschlüsse werden deshalb unverändert beibehalten.

Information Preisjassen

Das diesjährige Preisjassen findet am 31. März statt. Die Anmeldefrist ist noch bis am 18. März 2009.

Vorinformation Ratsherrenschieszen

Das nächste Ratsherrenschieszen findet am Montag, 13. Juli 2009, in Rafz statt. Interessierte können sich das Datum bereits reservieren. Die Einladung folgt später.

Vom Stadtrat beantwortete parlamentarische Vorstösse

- Die Anfrage von Jürg Rothenberger betr. neuer Heim- und Pflegeplätze wurde vom Stadtrat am 28. Januar 2009 (SRB-Nr. 28, Beilage 3 zum Originalprotokoll) beantwortet und ist von der Pendenzenliste gestrichen worden.
- Ebenfalls am 28. Januar 2009 beantwortete der Stadtrat die Anfrage von Rosa Pfister betr. Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden (SRB-Nr. 27, Beilage 4 zum Originalprotokoll). Auch diese Anfrage wurde von der Pendenzenliste gestrichen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 9. März 2009
Sitzung vom

Rechtsbelehrung

Der **Vorsitzende** verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 12. März 2009

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Stefan Schnegg
Gemeinderatspräsident

Stephan Blättler
1. Vizepräsident

Esther Caviola
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung